

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ekin Deligöz, Sven-Christian Kindler, Anja Hajduk, Dr. Tobias Lindner, Kerstin Andreae, Kai Gehring, Özcan Mutlu, Beate Walter-Rosenheimer, Harald Ebner, Sylvia Kotting-Uhl, Dr. Franziska Brantner, Katja Dörner, Dr. Thomas Gambke, Britta Haßelmann, Dieter Janecek, Tabea Rößner, Corinna Rüffer, Elisabeth Scharfenberg, Ulle Schauws, Kordula Schulz-Asche, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Doris Wagner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 18/5500, 18/5502, 18/6124, 18/6125, 18/6126 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2016
(Haushaltsgesetz 2016)**

**hier: Einzelplan 17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

**Einzelplan 30
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesregierung verfehlt auch weiterhin ihre selbst formulierten Ansprüche, mit größtmöglichem Einsatz an der Optimierung des Angebots und der Qualität von Bildung und Betreuung im Land mitzuwirken. Das Schlagwort der Bildungsrepublik verkommt zur schalen Anekdote. Quer durch alle Bildungsbereiche besteht dringender Handlungsbedarf, damit Bildung nicht nur in Sonntagsreden als Schlüsselressource und Zukunftsinvestition auftaucht, sondern dieser Funktion auch in der Realität gerecht wird. Mit dem nun vorliegenden Entwurf des Bundeshaushaltes – insbesondere den Einzelplänen 17 und 30 – ist das nicht der Fall.

Im Haushalt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fehlt es an weiteren Anstrengungen, die Frühförderung und Bildung in der Kindertagesbetreuung auf ein fachlich gebotenes Niveau zu heben. So mangelt es, trotz starker Bemühungen von Bund, Ländern und Kommunen in den vergangenen Jahren weiterhin an (ganztägigen) Plätzen im Elementarbereich.

Vor allem aber bleibt die Angebotsqualität deutlich hinter dem Erforderlichen zurück. Mit Blick auf die immense Bedeutung der Bildungsentwicklung in den frühen Jahren ist das inakzeptabel. In zwei Änderungsanträgen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Haushaltsausschuss (A-Drs. 18(8)2281, 2282) haben wir deutlich gemacht, dass mit mehr Mitteln für den Angebotsausbau, vor allem aber mit konkreten, finanziell unterlegten Maßnahmen bezüglich der Strukturqualität, ein bedarfsgerechtes hochwertiges Angebot für alle Kinder erreicht werden kann.

Trotz jährlich ansteigender Mittel weist der Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) keinen guten Weg in die Zukunft. Die Aufgabe ist, gezielt in mehr Chancen für alle zu investieren und Deutschland für die großen gesellschaftlichen und globalen Herausforderungen fit zu machen. Im Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (A-Drs. 18(18)146) haben wir deutlich gemacht, wie das gelingen kann. Mit der Vielzahl falscher Prioritätensetzungen, wie sie die Bundesregierung beabsichtigt, kann dies nicht gelingen.

Angesichts der UN-Klimakonferenz im Dezember 2015, bei der die Regierungschefs von 195 Staaten ein neues Klimaprotokoll debattieren werden zeugt es von forschungspolitischer Instinktilosigkeit, dass die Regierungsfractionen ausgerechnet bei der Klimaforschung 20 Millionen Euro kürzen. Klimaforschung leistet zentrale Beiträge zur Lösung der Klimakrise. Sie muss zentraler Bestandteil einer auf Nachhaltigkeit setzenden Forschungsstrategie sein. Da ist es ein völlig falsches Signal, in diesem Bereich Forschungsgelder zu schrumpfen. Will Deutschland in der Klimapolitik wieder eine führende Rolle einnehmen, muss es neben einer aktiven Politik zur Minderung seiner Treibhausgasemissionen die Klimaforschung vielmehr ausbauen.

Es ist forschungspolitisch zudem unverantwortlich, die Kosten für die Stilllegung und den Rückbau kerntechnischer Versuchs- und Demonstrationsanlagen weiterhin im Forschungsetat zu führen. Denn so werden im Jahr 2016 weiterhin mehr als 270 Millionen Euro als „Forschungsmittel“ deklariert, die allein zur Beseitigung von Altlasten aufgewendet werden. Zum anderen werden die absehbaren massiven Kostensteigerungen in den kommenden Jahren ein immer größeres Loch in die tatsächlichen Forschungsmittel fressen. Eine Lösung für dieses Haushaltsrisiko ist überfällig.

Wenig bis keinen Fortschritt gibt es bei den Investitionen in mehr Chancen für alle: Es gibt kein neues Ganztagschulprogramm, von dem vor allem Kinder in schwierigeren Lebenslagen profitieren würden. Seit mehr als anderthalb Jahren hat die Regierung beim BAföG für die Studierenden nur Ankündigungen übrig: Die Verbesserung zum Wintersemester 2016 kommt reichlich spät und fällt sowohl bei den Freibeträgen als auch den Fördersätzen zu gering aus. Das Deutschlandstipendium wird nicht abgeschafft, obwohl es hohe Bürokratiekosten verursacht statt zuverlässig Chancen zu gewähren. Die Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung findet in dieser Regierung auch nicht statt: Wer mit beruflicher Qualifikation studiert, im Allgemeinen also einen weiteren Weg an die Hochschule zurückgelegt hat, bekommt weiterhin nur 80 Euro pro Monat als Büchergeld, die anderen weiterhin monatlich 300 Euro. Auch die anstehende Novelle des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes („Meister-BAföG“) fällt viel zu schmal aus. Eine Ausbildungsgarantie will diese Koalition nicht geben, obwohl sie das im Koalitionsvertrag versprochen hat. So bleibt der vom BMBF versprochen „Aufstieg durch Bildung“ weiterhin eine mühselige Ochsentour, die die soziale Schere in Deutschland nicht nachhaltig schließen kann.

Der Hochschulpakt bleibt unterausgestattet: Die Kosten für einen Studienplatz sind seit 2010 nicht erhöht worden und wahrscheinlich werden deutlich mehr junge Menschen ein Studium aufnehmen, als Bund und Länder 2014 erwartet haben. Statt darauf mit einer Aufstockung des Hochschulpakts zu reagieren, kürzen die Regierungsfractionen dort um 13 Millionen Euro. Der sehr geringe Aufwuchs, den die Regierungsfractionen dem DAAD und der AvH angesichts der Geflüchteten zubilligen, wird also erkaufte durch schlechtere Studienbedingungen für StudienanfängerInnen.

Für die ohnehin geringen zusätzlichen Ausgaben im Hochschulbereich erhöht das BMBF die Globale Minderausgabe. Für die zusätzlichen Ausgaben sollen also andere Titel des Haushalts bluten, ohne dass das Parlament darauf Einfluss nehmen kann. Mit Umschichtungen kommt das Ziel, gesamtstaatlich mindestens 7% des BIP in Bildung und 3,5% des BIP in Forschung und Entwicklung zu investieren, nicht in Sichtweite.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Etat für Bildung und Forschung endlich stärker auf die zentralen gesellschaftlichen und globalen Herausforderungen auszurichten und die Hightech-Strategie zu einer echten Innovationsstrategie für Nachhaltigkeit auszubauen. Öffentlich geförderte Wissenschaft und Forschung muss sich auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit wie den Kampf gegen die Klimakrise, einen nachhaltigen Umgang mit knappen Ressourcen, Urbanisierung oder demografischen Wandel konzentrieren;
2. ein Konzept und die notwendige Finanzierung für die Wende in der Energieforschung vorzulegen, alle Mittel für die Kernfusionsforschung umzuwidmen für Forschung im Bereich erneuerbare Energien und die Kosten für die Stilllegung und den Rückbau kerntechnischer Versuchs- und Demonstrationsanlagen komplett in das Bundesministerium der Finanzen (BMF) umzuwidmen, um die Verantwortung an einer Stelle zu bündeln und somit zu gewährleisten, dass der Rückbau effizienter voranstehen kann;
3. ein Jahr nach der Grundgesetzänderung endlich ein für die Länder zustimmungsfähiges Konzept vorzulegen, wie eine langfristige Förderung von Hochschulen aussehen soll und darüber hinaus den Hochschulpakt aufzustocken und zu verstetigen. Außerdem muss endlich ein Bund-Länder-Programm für 10.000 zusätzliche Nachwuchsstellen mit Tenure-Track-Chance vereinbart werden;
4. angesichts der Chancen und Herausforderungen für Gesellschaft und Staat, die mehr als eine halbe Million neu zugewanderte Menschen unter 25 Jahren mit sich bringen, eine breite Bildungsoffensive zu starten. Sie muss frühkindliche, schulische, berufliche und hochschulische Bildung umfassen und darf kein Kind, keinen Jugendlichen und jungen Erwachsenen verloren geben, ob schon lange hier oder erst seit kurzem. Das Bildungssystem braucht dringender denn je einen gemeinschaftlichen Kraftakt und zusätzliche Mittel für mehr Plätze und mehr Personal in Kitas, Schulen, Berufs- und Hochschulen. Sprachbildung, psychologische Unterstützung, inklusive Pädagogik und Vielfalt muss für alle Bildungseinrichtungen selbstverständlich sein;
5. mit den Ländern in Gespräche einzutreten, das Kooperationsverbot aus der Verfassung zu streichen;

6. ein Sonderprogramm für den weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung in Höhe von 200 Millionen Euro und eines zum Anstoß von Qualitätsverbesserungen in der Kindertagesbetreuung in Höhe von 800 Millionen Euro für das Haushaltsjahr 2016 aufzulegen;
7. einen Gesetzentwurf in den Bundestag einzubringen, der erstens im gesamten Elementarbereich den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz festschreibt und zweitens die Standards für die Fachkraft-Kind-Relation definiert.

Berlin, den 23. November 2015

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion